

FDP-Fraktion, Minoritenstr 2-6, 40878 Ratingen

An die Mitglieder des Klimabeirates
über den
Klimaschutzbeauftragten
Herrn Benjamin Reichspietsch

FDP-Fraktion Ratingen

Dr. Markus Sondermann
Fraktionsvorsitzender

Tel: 02102/ 550- 1230

fraktion@fdp-ratingen.de
www.fdp-ratingen.de

20. April 2023

Per mail: Benjamin.Reichspietsch@ratingen.de

Stellungnahme zum Papier von Herrn Otto vom 25. März 2023 Klima und Bauen in Ratingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 27. März 2022 hat der Klimaschutzbeauftragte, Herr Reichspietsch, das Schreiben von Herrn Otto zum o.g. Thema mit der Bitte um Stellungnahme übersandt. Dem kommen wir gerne nach und Sie erhalten die Stellungnahme der FDP Fraktion.

Zusammengefasst:

- Die FDP Fraktion teilt die Ausführungen und Einschätzungen von Herrn Otto nicht in vollem Umfang.
- Die Ausführungen sind teilweise inhaltlich falsch; teilweise werden falsche Prämissen zugrunde gelegt.
- Die kryptischen Ausführungen zum globalen Bevölkerungswachstum lehnen wir ab.

Im Einzelnen

1. Zielkonflikt, angemessene Abwägung, keine oberflächliche Adressierung:

Der dargestellte Zielkonflikt (erforderliche weiterer Wohnungsbau/Klimaschutz) ist tatsächlich vorhanden.

Der von Herrn Otto geschilderte Eindruck der „oberflächlichen Adressierung“ divergierender Interessen bei der Bauleitung ist u.E. falsch.

Richtig ist:

Jeder Bebauungsplan folgt einer Abwägung komplexer Anforderungen, wobei der Klimaschutz/Klimaanpassung eine hervorgehobene Bedeutung haben. Politik und Stadtgesellschaft fordern doch nur weiteren Wohnungsbau, weil die Menschen diesen nachfragen. Bei Einpendlern von mehreren Tausend täglich ist es u.E. unverantwortlich, diese Nachfrage zu ignorieren, zumal Ratingen den Anteil am Bundesziel Neubau Wohnungen seit Jahren um mehr als 50% verfehlt.

Zudem muss Ratingen nicht noch eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn denn schon Deutschland insgesamt diese Vorreiterrolle beansprucht und betont; insoweit ist Ratingen in diesem Kontext gut aufgehoben.

2. Inhaltlich unzutreffend: Mehr CO²Emissionen durch Bautätigkeit:

Die Aussage, dass „Bauaktivitäten für ca. 30% aller CO²Emissionen ursächlich“ sind, ist sehr missverständlich. Die möglicherweise daraus abgeleitete Forderung, Bautätigkeit einzustellen, teilen wir nicht.

Denn von diesen 30% entfallen lediglich ca. 2,6% auf die Hochbauunternehmen, ca. 2,3% entfallen auf die Grundstoffindustrie, ca. 10% auf die Baustoffindustrie und ca. 10% auf die vorgelagerten Zulieferer.

Aber ca. 75% (und damit der absolut größte Teil) entfallen auf die Nutzung und den Betrieb der Gebäude! Insoweit macht sehr wohl einen Unterschied, ob höher emittierende Altbauten durch gering emittierende Neubauten ersetzt werden, zumal der Gebäudebestand in Deutschland in die Jahre gekommen ist.

Und die Aussage, dass es „fast nachrangig“ ist, ob weitere Bebauung innerstädtisch oder im Außenbereich stattfindet, halten wir für absolut falsch.

3. Klimaanalyse:

Die Klimaanalyse halten wir – genauso wie Herr Otte – für ein wichtiges Instrument bei der Beurteilung in der Bauleitplanung.

Die Konsequenz daraus, Bautätigkeit in den Außenbereich zu verlagern, halten wir für falsch.

Nachverdichtung und intelligentes Bauen in integrierten Lagen helfen beim Klimaschutz, wie es auch von den Verfassern der Klimaanalyse bei der Vorstellung in Ratingen ausgeführt worden ist. Wir sind sehr bei den Instrumenten, die u.a. vom Umweltbundesamt und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) empfohlen werden. Hier spielen Dachbegrünung, Fassadengestaltung, Verschattungen und vieles andere eine Rolle.

Die Abwägung zwischen dem Bedarf an Wohnraum, dem Klimaschutz/Klimaanpassung und der Optimierung der Mobilität ist immer wieder zu treffen.

4. Resultierende Forderungen:

Neben den bereits genannten Empfehlungen (UBA und BBSR) haben bei der FDP-Veranstaltung im Oktober 2022 mit dem Titel „Wohnungsnot in Deutschland – Konsequenzen für Ratingen“ einige Teilnehmende Hinweise gegeben.

So hat z.B. Dr. Reiner Götzen (Interboden) darauf hingewiesen, dass die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist.

Diese Entwicklung könnte sich umkehren, ebenso wie die hohe Ausstattung von Wohnungen, üppige Gebäudetechnik, die Größe der Fenster etc. Dies könnte auch bei bezahlbarem Wohnraum helfen, der dringend benötigt wird und durch das Überfrachten von Anforderungen an Gebäude kaum noch herzustellen ist.

Eingriffe in die Landesbauordnung bzw. die Baunutzungsverordnung, die u.a. Ausstattung von Gebäuden und die Versiegelung von Grundstücken regeln, halten wir für verzichtbar.

Gleichwohl muss man über Gebäudehöhen nachdenken, wie die FDP-Fraktion seit langem fordert. Die Entsiegelung von Außenflächen insbesondere im gewerblichen Bereich unterstützen wir sehr. Hier ist bereits ein Förderprogramm der Stadt beschlossen worden.

Allerdings muss auch die Versiegelung/Verschotterung im privaten Bereich verhindert werden. Dies gilt insbesondere für Vorgärten, aber auch für weitere Außenbereiche, die für das Mikroklima eine wichtige Rolle spielen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Markus Sondermann
Fraktionsvorsitzender

gez. Manfred Kleinen
Stellv. Fraktionsvorsitzender